

*Frage an die Politiker\*innen:*

*Sollten Sie oder Ihre Partei in den Landtag gewählt werden:*

**Was werden Sie tun, um den Flächenverbrauch zu reduzieren?**

### **Hintergrund:**

Aktuell werden täglich rund drei Hektar Land zu Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt und damit der Natur oder der Landwirtschaft entzogen. Die Landesregierung will den Flächenverbrauch bis 2030 auf 1,3 Hektar pro Tag reduzieren und strebt langfristig Netto-Null an. Bis dahin schrumpfen in Schleswig-Holstein jedoch weiterhin die Flächen: Sie werden dringend für die Artenvielfalt, den Anbau von Nahrungsmitteln, nachwachsenden Rohstoffen, Klimaschutz und die Naherholung benötigt.

Auf Landschafts- und Agrarflächen werden Gewerbegebiete neu erschlossen, neue Wohnbau-Gebiete ausgewiesen, neue Straßen gebaut und so die Landschaft immer weiter zerschnitten. Neue Industrien werden gezielt angeworben, Logistikflächen entwickelt. So werden etwa entlang der A1 im Zuge der Fehmarnbelt-Querung weitere Gewerbegebiete neu ausgewiesen oder erweitert. Schleswig-Holstein soll das Logistikland des Nordens werden. Dabei wird hauptsächlich auf die Straßeninfrastruktur gesetzt. Der Ausbau samt Bedarf an weiteren Rastplätzen für LKW erhöht den Landschaftsverbrauch.

Günstige Grundstücke oder Gewerbesteuer-Rabatte locken Discounter und anderes Gewerbe an. Gesetzliche Vorgaben ermöglichen enormen Parkplatzraum und eine flächenintensive, eingeschossige Bauweise. Es fehlt der ordnungsrechtliche Rahmen in der Landesbauordnung für eine effizientere Flächennutzung. Dies könnten zum Beispiel eine verbindliche Verpflichtung zum Bau von mehrstöckigen Gebäuden oder die Bevorzugung von Fahrradstellplätzen anstelle von PKW-Parkplätzen sein.

### ***Flächenverbrauch durch Gewerbeausbau***

Insbesondere Logistik-Neuansiedlungen als eingeschossige reine Warenumschlaglager auf der grünen Wiese haben nicht nur einen enorm hohen Flächenbedarf. Sie bieten wenige Arbeitsplätze und führen in den meisten Fällen nicht einmal zu Verteilung von Produkten ansässiger Betriebe, sind losgelöst vom Fachkräfte-Angebot oder realem Zuwachs an Arbeitsplätzen.

Der aktuelle Landesentwicklungsplan macht es den Kommunen weiterhin möglich, riesige Flächen für Wohnen, Gewerbe und Verkehr auf der grünen Wiese vorzusehen. Dabei stehen sie häufig in Konkurrenz untereinander: Jeder will die Einnahmen aus Gewerbesteuern und den kommunalen Anteilen an der Lohn- und Einkommenssteuer von Neubürger\*innen. Selbst ländliche Gemeinden ohne ausreichende soziale und technische Infrastruktur weisen Baugebiete aus, obwohl dies mittel- und langfristig zu großen Infrastrukturfolgekosten führt, die ihre Haushalte überproportional belasten. Für Gemeinden unter 10.000 Einwohnern rechnen sich Neubaugebiete in der Regel nicht.

***Flächenverbrauch reduzieren: Das Land mit Plan entwickeln.***

Potenziale für eine effizientere Flächennutzung und nachhaltige Verdichtung in den Innenbereichen werden nicht ausgenutzt. Eine Verpflichtung zum umfassenden Nachweis, dass Innenentwicklung nicht mehr möglich ist (etwa in Form von Flächenkatastern), fehlt.

Strategien, um den Flächenverbrauch zu reduzieren, liegen nicht vor oder finden sich nur als unverbindliche Ziele im Landesentwicklungsplan: Feste Flächenkontingente für die Regionalplanung auf Kreis und Kommunalebene fehlen.

Städter ziehen aufs Land, weil es in den Städten keinen bezahlbaren Wohnraum mehr gibt. Dabei existiert in den urbanen Räumen noch immer Verdichtungspotential durch Aufstockungen, Flächenkonversion (Umnutzung bestehender, oftmals ehemaliger staatlicher Gebäude) oder Sanierung von Altbestand. Gebiete mit freistehenden Einfamilienhäusern könnten moderat verdichtet und neue Mehrfamilienhäuser mit mehr Geschossen auch in ländlicheren Gebieten gebaut werden. Mit einer konsequent umgesetzten Mobilitätswende wäre autofreies Wohnen problemlos möglich, wenn Flächen für den ruhenden Verkehr zugunsten von Wohnungsbau reduziert würden.

***Zeitlich begrenzte Flächenansprüche: Wohnraum nicht nur für Familien schaffen.***

Einfamilienhäuser in Dörfern oder an Stadträndern werden maximal 30 bis 40 Jahre von Familien genutzt. Sind die Kinder aus dem Haus, werden viele Räume nicht mehr benötigt. Die zunehmende Alterung der Gesellschaft ist einer der wichtigsten Gründe, wieso der Anteil der Singlehaushalte in den vergangenen drei Jahrzehnten von 34 Prozent auf 42 Prozent gewachsen ist. Singles haben einen höheren Raumbedarf pro Person gegenüber Familien. Parallel dazu ist in dem kurzen Zeitraum von 1991 bis 2020 der tatsächlich genutzte Wohnraum um ein Drittel von 35 auf 47 Quadratmeter pro Person gestiegen. Im ländlichen Bereich sind es eher 50, im städtischen eher 40 Quadratmeter. Die aufgrund dieses demographischen Wandels besonders nachgefragten kleineren und/oder barrierefreien Wohnungen im Mietverhältnis stehen für einen Umzug vor Ort oft nicht zur Verfügung. Die ländlichen Bauleitplanungen erkennen diese Bedarfe an Mietwohnungen selten an: Sie bevorzugen die Einfamilienhäuser in unangemessener Weise.

Nur eine zügige Reduzierung des Flächenverbrauchs auf Netto-Null bis 2030 wird die Verschwendung stoppen. Hierfür fehlen derzeit im Landesentwicklungsplan und in den Regionalplänen verpflichtende Vorgaben für Kreise und Kommunen zum Flächensparen und klare Beschränkungen der Inanspruchnahme des Außenbereichs.